

Bramscher Erklärung zur Wirtschaftspolitik in Niedersachsen

*beschlossen von der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
am 24. Mai 2016 im Rahmen der Fraktionsklausur in Bramsche*

Unser Bundesland Niedersachsen ist ein wettbewerbsfähiger und attraktiver Wirtschaftsstandort im Herzen Europas. Vom Kleinunternehmer und Mittelständler bis hin zum Global Player, von der Automobilindustrie über Handwerk, Handel, Dienstleistungen, maritime Wirtschaft bis zum Weltmarktführer in der Gesundheitswirtschaft und zur Agrar- und Ernährungswirtschaft verfügt Niedersachsen über eine sehr große Bandbreite an Unternehmen. Dazu zählen auch hoch innovative Nischen, wie etwa die Luft- und Raumfahrtindustrie oder der Bau von Kreuzfahrtschiffen, die nach dem Regierungswechsel von 2013 sträflich vernachlässigt wird und nicht zuletzt der große Anteil von Handwerksunternehmen aller Branchen.

Zu den Erfolgen niedersächsischer Unternehmen haben maßgeblich die engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beigetragen.

Doch muss der Wohlstand – nicht nur in Niedersachsen – immer neu erwirtschaftet werden. Dazu brauchen wir erfolgreiche Betriebe, die im Wettbewerb bestehen, weil ihre Produkte und Dienstleistungen besser sind als die der Konkurrenz aus Deutschland, Europa und der Welt. Dazu muss die Politik dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen setzen, mit weniger an Bürokratie und mehr an Investitionen.

Als Energieland Nummer 1 erwarten wir verlässliche Rahmenbedingungen für die zukünftige Nutzung regenerativer Energieformen. Dabei stehen Bezahlbarkeit, Umweltgesichtspunkte und Versorgungssicherheit im Gleichklang zueinander. Energiepreissteigerungen, die über die Effizienzgewinne hinausgehen, belasten einseitig die niedersächsische Wirtschaft, gehen zu Lasten der Arbeitsplätze und sind daher zu vermeiden.

Für den Landwirtschaftsbereich gilt, Niedersachsen soll Agrarland Nummer 1 bleiben. Dazu muss die Branche endlich echte Unterstützung von der Landesregierung bekommen. Die bisherige Doppelzüngigkeit zwischen roten und grünen Ministern muss endlich aufhören. Gerade in der aktuellen Krise sind die Landwirte auf eine Landesregierung angewiesen, die ihr den Rücken stärkt und nicht weiter von einer unrealistischen und wirtschaftsfeindlichen Agrarwende fabuliert.

Nordrhein-Westfalen macht gegenwärtig im bundesweiten Vergleich vor, wie es nicht geht: Null-Wachstum, faktische Deindustrialisierung und eine Wirtschaftspolitik, die Eigeninitiative und Unternehmergeist bewusst abwürgt, sind nur einige Schlagworte einer fatalen Entwicklung, die es für Niedersachsen zu verhindern gilt.

Mit Sorge betrachten wir den Umstand, dass auch die niedersächsische Wirtschaft 2013 und 2014 im Bundesvergleich nur unterdurchschnittlich gewachsen ist. Im letzten Jahr gab es zwar einen Ausreißer nach oben. Aber schon für dieses Jahr prognostiziert die Nord LB für Niedersachsen ein Wachstum, das mit 1,6 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von zwei Prozent liegt. Zudem bereitet uns die deutlich nachlassende Investitionstätigkeit der niedersächsischen Wirtschaft in den Standort Niedersachsen Sorge.

Eine dauerhafte Wachstumslücke im Standortwettbewerb der Bundesländer wird uns weiter zurückwerfen. Und sie ist mit Wohlstandseinbußen für die acht Millionen Niedersachsen verbunden: Es gäbe weniger Arbeitsplätze, die Einkommen der Menschen wären niedriger und die Steuerkraft des Landes ginge zurück. Damit hätte dann auch die öffentliche Hand weniger Spielraum, notwendige Investitionen anzustoßen, die wiederum neues Wachstum fördern. Niedersachsen das einstige Aufsteigerland darf dauerhaft nicht zum Absteigerland werden.

Vor diesem Hintergrund will die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, dass die Weichen in der Wirtschaftspolitik Niedersachsens wieder richtig gestellt werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein gesundes Vertrauen in die Eigenverantwortung und Innovationskraft von Unternehmen und Beschäftigten von zentraler Bedeutung ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft zu erhalten, zu nutzen und zukunftsfähig auszubauen.

Wir brauchen wieder eine Kultur des Vertrauens und der Verlässlichkeit, in der neue Ideen, Entwicklungen und Chancen entstehen können! Wir müssen uns noch weit entschiedener den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft stellen.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert daher konkrete Kurskorrekturen in der Wirtschaftspolitik in Niedersachsen ein:

1. Digitalisierung der Verwaltung und konsequenter Bürokratieabbau, denn der Abbau von Bürokratie und Ausbau von Digitalisierung sind die günstigsten Formen der Wirtschaftsförderung.

Unternehmerisches Handeln darf nicht durch überflüssige bürokratische Aufwendungen behindert werden. Die Landespolitik muss jeden erfolgversprechenden Ansatz weiter verfolgen, der dazu führt, überflüssige Bürokratie zu vermeiden oder abzubauen.

Vorschriften, die unsere Betriebe im Ländervergleich gängeln oder sogar zu Wettbewerbsnachteilen und Investitionszurückhaltung in Niedersachsen führen, schaden unserem Land nachhaltig. Gesetze, Verordnungen und geplante Vorhaben, die die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Vergleich mit anderen Ländern hemmen oder sogar blockieren, gehören deshalb auf den Prüfstand. Bürokratiepflichten von der EU und dem Bund dürfen nicht auch noch durch Landesregelungen verschärft werden. So hat z.B. das von Rot-Grün neugefasste Landesvergabegesetz den kommunalen Auftraggebern die Auftragsvergabe an ortsnahe arbeitende mittelständische Unternehmen deutlich erschwert.

Gerade Mittelstand und Handwerk werden durch die Vielzahl unterschiedlicher, teilweise konkurrierender Vorschriften und Statistikpflichten erheblich belastet.

Filtererlass, Verschärfung der Vorgaben zur Silage- und Mistlagerung und Verbandsklagerecht sind Beispiele dafür, wie die Landesregierung die Landwirte gängelt, ohne dass in der Sache wirklich etwas gewonnen wäre. Jede zusätzliche Auflage trifft aber vor allem die kleinen Betriebe ins Mark und beschleunigt damit den Strukturwandel.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Wir wollen die Bürokratiekosten messen und einen Normenkontrollrat einsetzen, der die Gesetze auf den Kosten-/ Nutzen-Aspekt überprüft. Dieser in der Staatskanzlei angesiedelter Normenkontrollrat sollte sich jeden Bereich der Landesgesetzgebung und der Landesverwaltung anschauen und diese wo möglich und wo nötig „entrümpeln“. Die Zahl und die Komplexität der Vorschriften, mit denen sich insbesondere Handwerk, Mittelstand und Landwirtschaft befassen müssen, muss für die Unternehmen handhabbar sein, damit sich die Unternehmen wieder mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.

Unabdingbar damit verbunden ist eine umfassende Aufgabenkritik der gesamten Landesverwaltung, die trotz anderslautender Ankündigungen seitens der Landesregierung in den vergangenen dreieinhalb Jahren konsequent unterblieben ist.

Die CDU-Fraktion setzt sich für eine offensive digitale Verwaltungsmodernisierung ein, die Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen stärkt. Niedersachsen – digitales Land!

2. Die niedersächsische Wirtschaft nicht weiter belasten

Seit Regierungsantritt hat die rot-grüne Landesregierung kaum eine Gelegenheit ausgelassen, die Unternehmen in diesem Land einem Stresstest zu unterziehen.

- Gleich nach der Regierungsübernahme hat die rot-grüne Landesregierung die Grunderwerbssteuer von 4,5 Prozent auf 5 Prozent erhöht.
- Zum 1. Januar 2015 hat die Landesregierung die Wasserentnahmegebühr um mehr als 40 Prozent angehoben.
- Die vom grünen Landwirtschaftsminister erlassene neue Gebührenordnung für Lebens- und Futtermittelkontrollen hat zu Kostensteigerungen für niedersächsische Bäckereien, Fleischereien, Gaststätten und landwirtschaftliche Betriebe geführt.
- Aktuell plant das Land die Einführung einer neuen Tourismusabgabe im Kommunalabgabengesetz.

All das sind Belege wirtschaftspolitischer Unvernunft.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Ein Belastungsmoratorium für die niedersächsischen Unternehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass staatlich bedingte Belastungen, die zu Nachteilen im globalen Wettbewerb führen, vermieden bzw. beseitigt werden. Die Landespolitik muss im Gegenteil stets prüfen, wie und wo es zu Entlastungen kommen kann.

3. In Straßen, Schienen und Wasserstraßen investieren, denn eine moderne Infrastruktur ist die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Niedersachsen:

Wie jedes Flächenland benötigt auch Niedersachsen eine gut ausgebaute Infrastruktur, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen zu garantieren. Wir hätten mit den Planungen der A20, A39 und E233 schon viel weiter sein können, wenn die Landesregierung die gesonderten Planungsmittel für diese überragend wichtigen Projekte 2013 nicht gestrichen hätte!

Ausbleibende Unterhaltungs-, Aus- und Neubauinvestitionen in der Fläche des Landes werden zusehends zum Wachstumshemmnis. Bis 2013 standen für den kommunalen Straßenbau jährlich 74 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung, unter Rot-Grün sind es jetzt nur noch 49 Millionen. Das entspricht bislang einer Mittelkürzung um mehr als ein Drittel, schwächt den Straßenbau und den gesamten ländlichen Raum.

Im Haushalt 2016 hat die rot-grüne Landesregierung zusätzlich 15 Millionen Euro Bundesmittel, die eigentlich an die Kommunen zum Erhalt der Verkehrsinfrastruktur hätten fließen müssten, für den Erhalt von Landesstraßen abgezweigt.

Ebenso bedenklich ist die Tatsache, dass die Investitionen im Landeshaushalt unter Rot-Grün auf historische Tiefststände gesunken sind. Im Landeshaushalt 2016 beträgt die Investitionsquote nur noch 4,8 Prozent.

Mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 hat die Bundesregierung den Grundstein für einen zukunftsfähigen Ausbau auch der niedersächsischen Infrastruktur ge-

legt. Nun ist das Land gefordert: Planungskapazitäten müssen aufgebaut und erhalten werden, um die ambitionierten Infrastrukturausbaumaßnahmen, die der Bundesverkehrswegeplan vorsieht, auch realisieren zu können.

In den vergangenen EU-Förderperioden lag ein Schwerpunkt der Förderung für den ländlichen Raum in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen in moderne Wirtschaftsgebäude, Wirtschaftswege und die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren. Dadurch ist es gelungen, die Niedersächsische Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Regionen besonders leistungsfähig aufzustellen. Dieser Vorsprung ist allerdings in Gefahr, weil diese Landesregierung nur noch einen Bruchteil der bisherigen Mittel für diese sinnvollen Maßnahmen vorsieht.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Wir wollen das vorhandene Verkehrsnetz ausbauen und durch dringend notwendige Lückenschlüsse ergänzen, um alle Wirtschaftsräume unseres Landes zu erschließen und zu verbinden. Anstatt Stellenvermehrung in der Staatskanzlei zu betreiben, müssen jetzt im Landeshaushalt Mittel eingeplant werden, um die ambitionierten, aber dringend notwendigen Infrastrukturprojekte im Bundesverkehrswegeplan, wie beispielsweise die A39, A20 und die E233 auch tatsächlich bis 2030 planen und bauen zu können. Investitionen müssen wieder ein Schwerpunkt im Landeshaushalt werden.

Geplante Maßnahmen zum Ausbau vorhandener Verkehrsinfrastruktur müssen beschleunigt werden.

Außerdem brauchen die Kommunen Planungssicherheit und eine auskömmliche Mittelausstattung für ihre eigene Verkehrsinfrastruktur. Daher fordern wir, dass in Zukunft wieder 60 Prozent der Infrastrukturmittel, die das Land an die Kommunen gibt, für den kommunalen Straßenbau eingesetzt werden. Ebenso wenig darf sich die Selbstbedienung des Landes an kommunalen Infrastrukturmitteln, wie sie in diesem Jahr stattgefunden hat, wiederholen.

Die Wettbewerbsfähigkeit Niedersächsischer Betriebe nicht zu gefährden und die Kürzungen im Bereich des Agrarinvestitionsförderprogramms, bei der Flurbereinigung und beim Wegebau zurückzunehmen.

4. Breitband ausbauen – auf der Datenautobahn zum Überholen ansetzen

Gerade in Zeiten von „Wirtschaft 4.0“ und der zunehmenden digitalen Vernetzung der Gesellschaft ist für die Wirtschaft ein leistungsfähiges Breitbandnetz ein entscheidender Standortfaktor. Nur dort, wo leistungsfähige Datenverbindungen zur Verfügung stehen, wird zukünftig wirtschaftliches Wachstum möglich sein. Niedersachsen verlässt sich einseitig auf den Bund, tut selbst aber viel zu wenig, um auf Dauer zukunftsfähig aufgestellt zu sein.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Die Landespolitik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass ganz Niedersachsen mit leistungsfähigen Breitbandnetzen ausgestattet werden kann. Ein Beispiel hierfür können die Programme aus Bayern und Baden-Württemberg sein.

Wir fordern eine „Konzertierte Aktion Breitbandausbau“, in der die Gemeinden, Städte und Landkreise gemeinsam mit dem Land und Telekommunikationsunternehmen Niedersachsen fit machen für das Zeitalter der Digitalisierung und von „Wirtschaft 4.0“. Eine flächendeckende Bandbreite von mindestens ein Gigabyte auch und gerade im ländlichen Raum in Niedersachsen ist hierfür die zwingende Voraussetzung und muss Maßstab des Handelns der Akteure werden.

Zudem bietet die Abschaffung der sog. Störerhaftung für öffentlich zugängliche WLAN-Netze nunmehr die Chance, Hochleistungsdatennetze in jeder Kommune frei zugänglich anzubieten. Ein Konzept hierzu als Blaupause für die Kommunen in Niedersachsen wäre nicht nur sinnvoll, sondern ein echter Standortvorteil. Hier muss das Land – ggf. zusammen mit dem Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen – endlich die Weichen in Richtung Zukunft stellen.

5. Internationalisierung fördern, Exportfähigkeit stärken

Die Globalisierung und hoher Wettbewerbsdruck stellen auch die Unternehmen in Niedersachsen vor neue Herausforderungen. Bereits heute müssen sie sich dem internationalen Wettbewerb stellen und ihre Produkte und Dienstleistungen exportfähig machen. Gerade letzteres ist für die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Niedersachsen oft nicht einfach. Es fehlen die Ressourcen, aber auch der Mut, um Produkte oder Dienstleistungen im Ausland anzubieten. Der belastbare, ver-

lässliche und sichere Zugang zu internationalen Märkten ist ein wichtiger Faktor für die Unternehmen in Niedersachsen.

Von der Landespolitik gibt es hierbei zu wenig Unterstützung. Ein ganzheitliches Konzept der Außenwirtschaftsförderung ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Nach dem politisch motivierten Aus für NGlobal ist nichts Gleichwertiges an ihre Stelle getreten.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Kleine und mittlere Unternehmen müssen wieder stärker bei Maßnahmen und Projekten unterstützt werden, die ihre Exportfähigkeit steigern. Dazu zählen Exportberatung, Marktrecherchen, Imagemaßnahmen von Unternehmen, einzelbetriebliche Förderung von Messeteilnahmen und die unternehmensbezogene Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften. Ein wichtiger Punkt ist zudem die Unterstützung der Unternehmen bei der Überwindung von bürokratischen Handelsschranken. Vor allem die Agrar- und Ernährungsbranche ist darauf angewiesen, dass sie behördliche Unterstützung bei der Erstellung notwendiger Zertifikate und Bescheinigungen erhält.

Wir brauchen eine starke Bündelung der niedersächsischen Außenwirtschaftsinteressen, die verzahnt wird mit einer Landeswirtschaftsförderung „aus einem Guss“. Dazu müssen die Aktivitäten bei der NBank und des Wirtschaftsressorts stärker vernetzt werden. Standortmarketing durch das Land darf nicht länger nur mit effektheisenden, aber letztlich erfolglosen Zeitungsanzeigen erfolgen. Der Maßstab müssen tatsächliche Unternehmensansiedlungen sein. Das Prinzip „Ein Gesicht für den Kunden“ muss dabei ein eherner Grundsatz sein.

6. Wachstum durch Investitionen in Forschung und Entwicklung verstärken

Für ein Land, das seinen Wohlstand zu einem bedeutenden Anteil den Forschungs- und Entwicklungsleistungen seiner Industrie und den produktionsnahen wissensintensiven Dienstleistungen verdankt, sind Forschung und Entwicklung zentrale Voraussetzungen für zukünftiges Wachstum.

Auch Niedersachsen als rohstoffarmes Land kann wirtschaftlichen Erfolg auf Dauer nur aus der Forschungs- und Entwicklungsleistung seiner Unternehmen und Ingenieure generieren. Um die niedersächsische Wirtschaft auch in der Breite noch innovationsfähiger zu machen, ist eine Strategie mit gezieltem Einsatz langfristig wirksamer Instrumente erforderlich.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Unternehmens- und industrienaher Forschung und Entwicklung müssen stärker als bisher in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Betrachtungen geraten. Hier sind steuerliche Anreizmodelle ebenso zu prüfen und zu verbessern wie direkte Unterstützung von Unternehmen und Instituten bei industrie- und wirtschaftsnaher Forschung.

Geboten ist insbesondere die Einführung einer steuerlichen Förderung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung für kleine und mittlere Unternehmen. Mit diesem Instrument entstehen auch für bisher weniger forschungsstarke Unternehmen Anreize, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Zudem sind neue Instrumente erforderlich, beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern, um den Wissenstransfer der niedersächsischen Forschungseinrichtungen stärker für mittelständische Unternehmen zu öffnen.

7. Flüchtlinge zu Fachkräften weiterqualifizieren

Die enorme Flüchtlingsbewegung von Menschen aus allen Teilen der Welt nach Deutschland hat auch Niedersachsen in den letzten Monaten vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Aber die eigentliche Arbeit in Sachen Integration beginnt erst. Sprachförderung und Integration in den Arbeitsmarkt sind die zentralen Elemente aus wirtschaftspolitischer Sicht.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Wenn Integration gelingen soll, bedarf es eines abgestimmten Gesamtkonzeptes, welches über „Hochglanzveranstaltungen“ hinausgeht. Zusammen mit Wirtschaft und Verbänden müssen tragfähige Lösungen zur Qualifizierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive weiterentwickelt werden, die vor Ort in den Kommunen in konkrete Projekte münden. Dabei sind die Arbeitskräftebedarfe der Unternehmen

und damit ganz konkret der Arbeitsmarkt vor Ort und in jedem einzelnen Betrieb der Maßstab für die Qualifizierung und – in Zukunft auch wieder – für die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen. Hierzu bedarf es einer koordinierten und frühzeitigen Erfassung schulischer und beruflicher Kompetenzen der Flüchtlinge sowie der Entwicklung sinnvoller (Nach-)Prüfungsverfahren in Zusammenarbeit mit Handwerks- und Industrie- und Handelskammern. Die bisherigen Modellversuche des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gehen zwar in die richtige Richtung, werden dem Ausmaß der Herausforderungen jedoch nicht gerecht.

8. Kleine und mittlere Unternehmen durch neue Finanzierungsformen fördern

Zunehmend klagen Unternehmen darüber, dass sie für Innovationen in Entwicklung und Produktion immer schwerer Kredite bekommen. Höhere Sicherungsanforderungen, insbesondere durch Basel III hindern die Banken allzu oft daran, selbst dann Investitionen in Innovationen zu tätigen, wenn sie diese eigentlich für wirtschaftlich vertretbar halten.

Gerade in der aktuellen Agrarpreiskrise haben landwirtschaftliche Betriebe Probleme ausreichende Liquiditätskredite zu erhalten, obwohl die Leistungsfähigkeit der Betriebe gegeben ist.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Wir brauchen mehr Investitionen in Niedersachsen von privater Seite – aber auch vom Staat. Banken und Unternehmen sind gleichermaßen gefordert, gemeinsam Finanzierungsformen zu entwickeln und zu nutzen, die es ermöglichen, Innovationen und innovative Unternehmen zu fördern.

Damit aus guten, zukunftssträchtigen Geschäftsideen erfolgreiche Unternehmen werden, brauchen Gründerinnen und Gründer ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten. Es kann deshalb sinnvoll sein, dass sich das Land direkt oder indirekt im Verbund mit anderen Akteuren als Wagniskapitalgeber zur Verfügung stellt. Innovative Ideen und Konzepte sind hier gefragt, um Unternehmen auf dem Weg zu Prozess- und Produktionsinnovationen zu begleiten.

Zur Überbrückung der aktuellen Agrarpreiskrise ist die Landesregierung aufgefordert, ein landeseigenes Bürgschaftsprogramm speziell für die Landwirtschaft aufzulegen, um die Betriebe bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen.

9. Steuerung der Landesbeteiligungen besser aufstellen

Die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit der Wahrnehmung beispielsweise der Aufsichtsratsmandate im VW-Konzern durch die Landesregierung zeigen, dass es gerade in schwierigen Zeiten nicht ausreichend ist die Landesbeteiligungen zu verwalten. Einflussmöglichkeiten bei Unternehmen, an denen das Land Anteile hält, müssen zukünftig aktiver und konstruktiver zum Wohle der Unternehmen, der Mitarbeiter und des Landes Niedersachsen genutzt werden.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Das Land benötigt in seiner Funktion als Anteilseigner – beispielsweise bei Volkswagen oder der Salzgitter AG – eine qualitative Neuausrichtung des Beteiligungsmanagements mit professioneller Risikoanalyse, engerer Begleitung der Unternehmenspolitik und besserer Koordination der Landesinteressen. Hierzu muss die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft durch entsprechendes Personal und externen wirtschaftlichen Sachverstand in die Lage versetzt werden, die Steuerung der Beteiligungen des Landes durch die Niedersächsische Staatskanzlei, das Niedersächsische Finanzministerium und die Ministerien kompetenter wahrzunehmen und umzusetzen. Zudem muss die Niedersächsische Staatskanzlei eine strategische Planung aufbauen.

10. Der Fachkräftemangel ist kein unabwendbares Schicksal

Etwa 30 Prozent der Unternehmen im Bereich der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern haben derzeit Probleme, ihre Ausbildungsstellen zu besetzen; 70 Prozent von ihnen nennen als Begründung, dass ihnen keine geeigneten Bewerbungen vorliegen. Wenn die Wirtschaft händeringend nach Auszubildenden sucht und trotzdem viele junge Menschen ohne Lehrstelle zurückbleiben, dann läuft etwas grundlegend falsch. Umfassende, aber vor allem passgenaue Konzepte müssen entwickelt werden.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert: Das Land muss Anreize und Rahmenbedingungen schaffen, um Mitarbeitern in Unternehmen Chancen für Qualifizierung auch ohne ein Hochschulstudium zu bieten. Die so genannten MINT-Fächer müssen in den Schulen besser verankert werden und die Beschäftigung von Menschen über 65 Jahren auf freiwilliger Basis muss sozialrechtlich flexibel und entsprechend den Bedürfnissen der Menschen möglich gemacht werden, Die Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt muss über ein neues, an den aktuellen Herausforderungen orientiertes Zuwanderungsgesetz geregelt werden.